B E S C H L U S S V O R L A G E

			Vorlage-Nr.: B 02/0575	
201 - Kämmerei			Datum: 01.11.2002	
Bearb.	: Herr Kriese	Tel.:	öffentlich	nicht öffentlich
Az.	:		X	

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Ausschuss für Finanzen, Werke und Wirtschaft	13.11.2002
Hauptausschuss	02.12.2002
Stadtvertretung	30.09.2003

1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Norderstedt für das Haushaltsjahr 2002

Beschlussvorschlag

Es wird folgende 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2002 beschlossen:

**1. Nachtragshaushaltssatzung
der Stadt Norderstedt für das Haushaltsjahr 2002**

Aufgrund des § 80 der Gemeindeordnung wird nach Beschluß der Stadtvertretung vom   folgende Nachtragshaushaltssatzung erlassen:

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	erhöht um	Vermindert um	Und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans Einschließlich der Nachträge Gegenüber bisher Nunmehr festgesetzt auf	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. im				
Verwaltungshaushalt				
die Einnahmen	1.692.400		147.355.900	149.048.300
die Ausgaben	1.692.400		147.355.900	149.048.300
2. im				
Vermögenshaushalt				
die Einnahmen		1.070.500	23.968.300	22.897.800
die Ausgaben		1.070.500	23.968.300	22.897.800

§ 2

Es wird neu festgesetzt:

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen   von bisher 7.242.600 EUR   auf 6.852.600 EUR

Sachbearbeiter/in	Abteilungsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/außerplanm. Ausgaben: Amt 20)	Dezernent/in

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am _____ erteilt.

Norderstedt, den _____

Grote
Bürgermeister

Haushaltsrelevante Daten:

Haushaltsstelle:
Haushaltsplan:
Ausgabe:
Mittel stehen zur Verfügung:

Folgekosten/Jahr:

Erläuterungen zu den Folgekosten:

Sachverhalt

Mit dem vorgelegten 1. Nachtrag sollen Mehreinnahmen und Minderausgaben in den Haushalt 2002 einfließen, um diese für den Ausgleich des Haushalts 2003 nutzbar zu machen.
Der Haushalt trifft keine neuen Festlegungen und ist daher als "technischer Nachtrag" zu verstehen.

Mit dem Nachtrag werden insbesondere die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer berücksichtigt; die Verbesserungen im Verwaltungshaushalt führen zu einer höheren Zuführung an den Vermögenshaushalt.
Aufgrund weiterer Verbesserungen im Vermögenshaushalt kann die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in 2002 reduziert und eine Entnahme in 2003 vorgesehen werden. Ferner kann die Abführung aus dem B 202 um rund 2 Mio. EUR reduziert und für 2003 vorgesehen werden.

Der jetzt vorgelegte 1. Nachtrag umfasst ferner die genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die von den Fachämtern mitgeteilten Änderungen zum Haushalt 2002.

Die wesentlichen Rahmendaten des Entwurf sind folgende:

1. Verwaltungshaushalt

- 1.1 Das Gesamtvolumen des Verwaltungshaushaltes erhöht sich um 1.692.400 EUR.
- 1.2 Der Ansatz Gewerbesteuer erhöht sich 2.052.700 EUR auf 43 Mio. EUR. Hintergrund sind die - entgegen dem allgemeinen Trend - positive Entwicklung der Gewerbesteuer. Infolge dessen ergeben sich Änderungen in den Ansätzen Gewerbesteuerumlage und Verzinsung Gewerbesteuernachforderungen.
- 1.3 Beim Anteil an der Einkommensteuer zeigt sich ein rückläufiges Aufkommen, so dass sich der Ansatz um 871.000 EUR auf 27.760.700 EUR reduziert.
- 1.4 Die Zuführung zum Vermögenshaushalt erhöht sich um 1.757.100 EUR auf 7.114.400 EUR.

2. Vermögenshaushalt

- 2.1 Das Volumen des Vermögenshaushaltes reduziert sich um 1.070.500 EUR.
- 2.2 Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt erhöht sich um 1.757.100 EUR auf 7.114.400 EUR.
- 2.3 Mit der Reduzierung der Entnahme aus der allgemeinen Rücklage um 144.800 EUR auf 855.200 EUR wird eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage im Haushaltsjahr 2003 ermöglicht.

Sachbearbeiter/in	Abteilungsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausgaben: Amt 20)	Dezernent/in

- 2.4 Die Abführung des verbleibenden Restbetrages aus dem Gewinn B 202 in Höhe von 3.067.700 EUR wird auf 1.000.000 EUR reduziert. Die Entnahme des dann verbleibenden Restbetrages in Höhe von 2.067.700 EUR wird für das Haushaltsjahr 2003 vorgesehen.
- 2.5 Für den Neubau der Feuerwache wurde vom Land ein Darlehen bewilligt. Die Ansätze für Einnahmen aus Krediten werden entsprechend angepaßt; das Kreditvolumen ändert sich nicht.
- 2.6 Für die Verlegung K 113 war in 2002 ein Betrag in Höhe von 464.700 EUR vorgesehen, aufgrund aktualisierter Zahlen des Kreises wird der Betrag in 2002 nicht benötigt. Gleichzeitig entfällt die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 200.000 EUR für 2003, da in 2003 keine Mittel vorgesehen sind. Eine Übersicht über den Stand der Verpflichtungsermächtigungen ist als Anlage beigefügt.

- 2.7 Die für die Erschließung des B 224 vorgesehenen Mittel i.H.v. 409.100 EUR werden nicht mehr benötigt, die Erschließung erfolgt durch die EGNo.
- 2.8 Der Ansatz für Erschließungsbeiträge wird um 585.000 EUR reduziert. Aus der Erschließung des B 224 waren als Beiträge 245.000 EUR vorgesehen. Weitere 340.000 EUR für die Maßnahme Stonsdorfer Weg werden erst in 2003 kassenwirksam.

Anlage(n)

Sachbearbeiter/in	Abteilungsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausgaben: Amt 20)	Dezernent/in